Heute: Goldkurszettel

Einzel-Nr.: 20 Goldpfg. = 200 Milliarden M.

Fern-Ausgabe

Leipziger Tageblatt
und
Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatlich 6 Goldmark; Ausland 9 Goldmark einschließlich Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags. Höh. Gewalt schließt Erfüll. aus. Schriftleit., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernspr. Ortsgespr. Sammel-Nr.: 70811. Fernspr. 17692-17694); ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: Die 12gespaltene 34 mm breite mm-Zeile zweiundzwanzig Goldpfennige. Familienanzeigen von Privaten mm-Zeile sechs Goldpfennige. Gelegenheitsanzeigen, Stellengesuche, Reklamezeilen usw. nach Tarif. Preisnachlaß bei Abschluß. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich. Für das Ausland entsprechender Aufschlag. Erfüllungsort Leipzig. Postscheck-Konto Leipzig 3004.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig

Nr. 295 — Verantwortlich für den Text: Chefredakteur P. Goldstein, Leipzig. Verantwortlich für Inserate: Oswald Müller, Leipzig-Raunhof. Eigentum, Druck und Verlag: Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H. — Freitag, den 14. Dezember 1923 — Berliner Schriftleitung: Kochstraße 21 (Fernsprecher 3600—3603). Dresdner Schriftleitung: Nabelsbergerstr. 24 (Fernsprecher 34793). Hallesche Schriftleitung: Leipziger Straße 21 (Fernsprecher 3588). — 117. Jahrg

Selbsthilfe oder Knechtschaft

13. Dezember.

L. G. In dem Augenblick, wo den im Milliarden- und Billionenwirbel Versinkenden kaum erst das Rettungsseil der Festmark zugeworfen wurde und ein erstes Aufatmen der Erlösung durch das Land geht, wird an den maßgebenden Berliner Stellen Verzweiflung gepredigt und die Finanzlage des Reiches für so schlimm erklärt, daß wir nur noch von fremder Hilfe das Heil erwarten dürften. Ob dem öffentlichen Interesse damit gedient ist, daß plötzlich solche Schreckenslaute ausgestoßen und damit die durch die Einführung eines wertbeständigen Zahlungsmittels angeregte Wiederaufbauenergien abgeschreckt werden, kann hier um so eher unerörtert bleiben, als es sich vorläufig wohl nur um einen nach zwiefacher Richtung ausgestreckten Fühler handelt. Es ist die Annahme erlaubt, daß zunächst einmal erforscht werden soll, wie sich einerseits die einheimischen Wirtschaftsmächte zu einem letzten Aufruf zur Selbsthilfe, anderseits der Völkerbund zu einem deutschen Ansuchen um Fremdhilfe verhalten würden.

Dies ist in der Tat die Entscheidung, die wir demnächst zu treffen haben: Entweder wir bieten das Aeußerste auf, um uns selber zu helfen, oder aber wir legen uns dem Ausland zu Füßen, daß es um den Preis und die Bedingungen, die ihm zusagen, uns unter die Arme greifen möge. Vor gleiche Wahl sah sich vor uns schon das österreichische Brudervolk gestellt. Es entschloß sich für die Fremdhilfe, nachdem durch mancherlei mißglückte Experimente erwiesen war, daß die einheimischen Inhaber der wirtschaftlichen Macht in den Städten und auf dem Lande auf keine Weise veranlaßt werden konnten, in dem notwendigen Maße zur Rettung des Vaterlandes beizutreten. Das österreichische Volk hat inzwischen in Erfahrung gebracht, daß die ihm unter dem Titel der Völkerbundhilfe gewährte Unterstützung nichts mit irgendwelcher Humanität zu tun hatte, sondern einfach auf ein Handelsgeschäft hinauslief, durch das so ziemlich die Gesamtheit der besten österreichischen „Sachwerte", einschließlich der in der menschlichen Arbeitskraft und Tüchtigkeit enthaltenen, in den Besitz der Fremden übergingen. Der Vorgang wurde unter anderem veranschaulicht durch die von der öffentlichen Meinung als Skandal empfundene, vom Parlament unter geradezu erpresserischem Druck genehmigte Sitzverlegung der Anglobank nach London, der Länderbank nach Paris, womit jedoch noch bei weitem nicht die Reihe der Kreditinstitute erschöpft war, die im Zeichen der Sanierung dem Ausland anheimfielen und ihm, wie es der von den Wiener Banken beherrschten Organisation der österreichischen Wirtschaft entsprach, jeweils ganze Industriezweige zubrachten.

Ganz so einfach liegen nun die Dinge bei uns allerdings nicht, und der Fremde bedarf, um sich der Quellen der deutschen Wohlfahrt zu bemächtigen, etwas mehr als nur des Einflusses auf ein halbes Dutzend Großbanken. Doch wird dadurch nichts Grundsätzliches an dem Problem geändert, das auch bei uns in der Frage gipfelt, ob von den städtischen und ländlichen Inhabern der Wirtschaftsmacht zur Rettung des Staates ausreichende Opfer zu erreichen seien. Sie ist glatt zu verneinen. Zwar kann — auch unter geziemender Berücksichtigung der in Reparationsansprüchen und Generalpfandrecht begründeten Schwierigkeiten — kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Mittel der Selbsthilfe in unserem an Gütern der Natur und der menschlichen Leistungsfähigkeit noch immer reichen Lande wohl vorhanden wären. Doch sie dem Staate in dem nötigen Maße zunutze zu machen, muß angesichts der politischen Machtverhältnisse, die sich in den gesetzgebenden Körperschaften allmählich herausgebildet haben, als unmöglich erscheinen. Um uns lapidar auszudrücken: es ist heute keine Gesetzgebung denkbar, die kühn genug wäre, Schwerindustrie und Großgrundbesitz zu den zur Wiederaufrichtung der Staatsfinanzen notwendigen Leistungen heranzuziehen.

Also bleibt nichts anderes als der Appell an das Ausland, der Bittgang zum Völkerbund, über dessen Gefühle für das deutsche Reich und Volk wir durch den oberschlesischen und jeden anderen uns betreffenden Fall, der vor dem Genfer Tribunal verhandelt wurde, vollkommen unterrichtet sind? Nichts, wenn es nicht etwa noch gelingt, in unseren innerpolitischen Machtverhältnissen die Veränderungen herbeizuführen, die notwendig wären, um gegenüber den „Wirtschaftsführern" in Stadt und Land die Staatsautorität zur Geltung zu bringen. Doch dies wäre in Anbetracht des Winterschlafs, in den die zur Wahrnehmung demokratischer Prinzipien gegründeten Parteien heute versunken scheinen, ein wahres Wunder zu nennen.

Der Wille zur politischen Aktivität

Vorbereitungen für deutsch-französische Verhandlungen — Die Westmark soll deutsch bleiben — Die Frage der äußeren Anleihen

Berlin, 13. Dezember. (Eig. Tel.) Die Politik der Reichsregierung wird gegenwärtig von dem Gedanken beherrscht, zu unmittelbaren Verhandlungen mit Frankreich über die Regelung der Rhein- und Ruhrfrage zu kommen. Aus der französischen Presse geht hervor, daß man auch in Frankreich nach der vollständigen Aufgabe des passiven Widerstandes die Zeit für direkte Verhandlungen über die Rhein- und Ruhrfrage und das Reparationsproblem gekommen sieht. Nur, meint beispielsweise der „Temps", wäre dazu die Ernennung eines deutschen Botschafters in Paris notwendig. Wie wir von bestunterrichteter Seite hören, hat die deutsche Regierung seit August drei Vorschläge für die Besetzung des Botschafterpostens gemacht, die dem französischen Wunsche entsprechen, daß eine mit den wirtschaftlichen Fragen vertraute Persönlichkeit gewählt werden möge. Bisher ist die deutsche Regierung ohne Antwort auf diese Vorschläge geblieben und auch die französische Botschaft in Berlin hat keine Kenntnis davon, wie sich die Pariser Regierung zu ihnen stellt.

Die Verhandlungen mit Frankreich sind deshalb auch innerpolitisch von größter Wichtigkeit, weil die Regierung nach einigem Schwanken sich nun entschlossen hat, konsequent die Richtlinie zu befolgen, daß an den staatsrechtlichen und den verwaltungstechnischen Verhältnissen des Rhein- und des Ruhrgebietes nichts geändert werden dürfe. Durch das Abkommen mit der „Mieum" ist zunächst die Wiederaufnahme der Arbeit in die Wege geleitet. Die finanzielle Selbständigkeit der Gemeinden im besetzten Gebiet wird durch einen Kabinettsbeschluß weiter erhöht. Die Gemeinden erhalten das Recht, nicht bloß die Hälfte, sondern drei Viertel der gesamten Umsatzsteuer als Vorschußzahlung des Reiches für sich zu erheben; außerdem werden sie ermächtigt, noch besondere Zuschläge auf die Umsatzsteuer zu erheben. Auch der Gesamtertrag der Einkommen- und Körperschaftssteuer verbleibt, wie schon gemeldet, den Gemeinden. Die Frage des Notgeldes soll dahin geregelt werden, daß die Reichsbank den Gesamtbetrag von 180 Trillionen Mark übernimmt. Es ist begreiflich, daß die Reichsbank starke Bedenken gegen die Uebernahme dieser Summe hat, die ungefähr so groß ist wie der gesamte Umlauf an Papiermark.

Den Konflikt, in dem sich die Reichsregierung mit dem Kölner Bankier Louis Hagen wegen der Gründung einer rheinischen Goldnotenbank befindet, glaubt man in Regierungskreisen durch die baldige Gründung des Zentralinstitutes der Reichsgoldnotenbank überwinden zu können. Man gibt sich der optimistischen Erwartung hin, daß Louis Hagen schon mit Rücksicht auf den Stimmungsumschwung im Rheinlande zugunsten der Reichseinheit sein Institut nicht vor zwei bis drei Monaten werde in Tätigkeit treten lassen; soviel Zeit sollte er nämlich zu seinen Vorbereitungen brauchen. Bis dahin aber hofft man, daß der Reichswährungskommissar Dr. Schacht auch die Reichsgoldnotenbank gegründet haben werde, in die die Goldnotenbank von Hamburg ebenso wie das Rheinland übergeführt werden soll.

Entscheidend für diese Gründung wie auch für das Schicksal unserer Währung überhaupt sind die Verhandlungen mit dem Auslande über einen Währungskredit, die Dr. Stresemann bereits als Kanzler begonnen hat. Sie wurden, wie wir hören, prompt an dem Tage abgebrochen, an dem sein Kabinett stürzte; vorher hatte man die Vollmachten der Unterhändler bereits einmal, nämlich am Tage des Hitler-Putsches, zurückgezogen. Die Verhandlungen über einen großen Währungskredit und weiter über Kredite für Industrie und Landwirtschaft werden in den nächsten Wochen wieder aufgenommen werden; der genaue Termin steht bereits fest.

Das Wirken des Sechziger-Ausschusses

Köln, 13. Dezember. (Eig. Tel.) Die sozialdemokratische „Düsseldorfer Volkszeitung" teilt über die vorgestrige konstituierende Sitzung des Sechziger-Ausschusses in Köln folgendes mit:

„In manchen Kreisen, die mit der Idee des Rheinlandstaates liebäugeln, wurde der Sechziger-Ausschuß sogar als die Zelle betrachtet, aus der sich das rheinische Parlament entwickeln würde. Inzwischen ist aber irgendwo wieder einmal ein Stimmungsumschwung erfolgt; wo und wie, das weiß man noch nicht recht. Es fiel aber sehr auf, daß bei dem gestrigen Zusammentritt die sogenannten Kölner „Prominenten" dem Oberausschuß nur eine sehr geringe Beachtung schenkten. Aus diesen und anderen Gründen kam es gestern nicht einmal zu einer richtigen Tagung, nicht einmal eine Konstitution erfolgte. Es kamen lediglich die Fraktionen zusammen und berichteten über die Lage. Soweit sich von einer Stellungnahme der Fraktionen reden läßt, scheint eine große Mehrheit des Sechziger-Ausschusses die neuerlich feste Haltung der Reichsregierung gegen jede Abtrennungsbestrebung zu begrüßen.

Weiter kam ziemlich allgemein zum Ausdruck, daß der Sechziger-Ausschuß den Plan der Herausgabe eines wertbeständigen Notgeldes für das besetzte Gebiet unterstützt. Nicht so einheitlich wie zur Herausgabe des wertbeständigen Notgeldes war die Stimmung der Fraktionen zu der Frage der Goldnotenbank, dem großen Bankprojekt der Louis Hagen & Co. Die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei nahm diesem Projekt gegenüber eine durchaus ablehnende Haltung ein.

Marx über seine Aufgaben

Von unserem Berliner Vertreter.

K-r. Berlin, 12. Dezember.

Reichskanzler Marx empfing heute abend eine größere Anzahl ausländischer Journalisten. Im historischen Kongreßsaal des Bismarck-Palais stand der neue Kanzler breitschultrig, schlicht, im altmodischen schwarzen Gehrock, hell beleuchtet, mitten auf dem weiten, roten Teppich; er führte etwa folgendes aus:

„Es freut mich ganz besonders, Ihre Bekanntschaft zu machen, da Sie ja vor allem dazu berufen sind, den schweren, dunklen Vorhang, hinter dem sich jetzt das Leben des deutschen Volkes abspielt, zu lüften und der Außenwelt zu zeigen, wie in Wahrheit unsere Lage ist. Ich nehme keinen Anstand, Ihnen von vornherein zu erklären, daß unsere Lage die denkbar ernsteste ist. Wenn dies auch einzelne Volksschichten in Deutschland immer noch nicht vollkommen begriffen haben mögen, so bewahrt sie das doch nicht davor, die allgemeinen Lasten mit tragen zu müssen. Denn das deutsche Volk muß nun endlich lernen, sich damit abzufinden, daß es den Weltkrieg verloren hat und daß es die Konsequenzen daraus auf sich nehmen muß. In diesem Sinne ist die neue Regierung bereit, bis zum äußersten zu gehen und vor nichts zurückzuschrecken, was uns dazu dienen kann, unser Leben weiter zu fristen und unsre Verpflichtungen nach außen hin zu erfüllen.

In erster Linie machen wir uns, wie Sie wissen, daran, unser Budget zu sanieren, zunächst einmal durch rigoroseste Einschränkungen der Ausgaben. Morgen schon werden Sie hier in Berlin große Demonstrationen der Beamtenschaft erleben, Demonstrationen, denen sich diesmal auch die obersten Justizbeamten anschließen werden, obwohl es bisher die Tradition des deutschen Richterstandes war (dem auch ich mit Stolz angehöre), sich von Lohnbewegungen fernzuhalten. Aber die Reichsregierung mußte — das sage ich hier ganz offen — so grausam sein, Löhne und Gehälter in einer nahezu unerträglichen Weise zu kürzen. Mit derselben Entschiedenheit werden wir auch auf dem Gebiete der Steuern vorgehen. Wir werden endlich auch versuchen, den Weg ausländischer Anleihen zu beschreiten. Aber dies alles, dieser Gedanke beherrscht uns seit Monaten schon, wird für sich allein nichts nützen. Solange wir, wie es jetzt der Fall ist, nur Objekte der Politik der Entente bleiben, ist die volle Lösung der Sanierungsfrage gleichbedeutend mit der Lösung der Reparationsfrage; sie liegt also außerhalb Deutschlands.

Dankbar möchte ich aber, und zwar besonders Ihnen gegenüber, anerkennen, welch großes Verständnis und welchen tätigen Opfersinn weite Kreise des Auslands dem deutschen Volke bewiesen haben, vor allem den hungernden Kindern von Ruhr und Rhein.

Denn ich glaube, das will ich auch bei dieser Gelegenheit erklären, an die Gemeinschaft der Völker. Ich will den Völkerbund, allerdings im reinsten und schönsten Sinn des Wortes. Daß wir von diesem Ideal heute noch weit entfernt sind, ist wohl leider keine Frage. Trotzdem sollte der Völkerbund, meiner Ansicht nach, das Ziel eines jeden Mannes sein, der irgendwo im öffentlichen Leben

Der österreichische Streik vor seinem Ende

Wien, 13. Dezember. (Eig. Tel.) Nach langwierigen Verhandlungen ist es heute nacht endlich gelungen, eine Einigung zwischen Regierung und Bundesangestellten herbeizuführen, so daß der Post-, Telegraphen- und Telephonstreik nach dreitägiger Dauer noch im Laufe des heutigen Tages beendet sein dürfte. Entsprechend den früheren Gewerkschaftsbeschlüssen müssen jedoch die Vereinbarungen noch von den Gewerkschaftsvorständen gutgeheißen werden; die Annahme gilt aber als sicher. Die Kompromißformel, auf die man sich einigte, sieht vor, daß die Dezember-Bezüge sämtlicher Bundesangestellten um 70000 Kronen erhöht werden. Innerhalb von Tagen soll ein System von Ersparungs- und Wirtschaftsprämien ausgearbeitet werden, das den Bundesangestellten materielle Vorteile bietet. Die Regierung hat sich auch bereit erklärt, im Falle eines starken Steigens des Index wegen Gewährung einer Indexzulage in Verhandlungen mit den Bundesangestellten einzutreten.

Die Beamtenvertretung wünschte als Weihnachts-Remuneration für alle Beamten einen Betrag von mindestens 100 000 Kronen und ferner die Auszahlung eines Vorschusses auf die zu erwartenden Gehaltserhöhungen. Bundeskanzler Dr. Seipel lehnte jedoch, offenbar durch das Veto des Generalkommissars Dr. Zimmermann dazu veranlaßt, jede Auszahlung ab, die den Staat um mehr als 3 Milliarden Kronen belaste. Darauf wurden die weiteren Besprechungen abgebrochen und erst gestern gegen die Mittagsstunde wieder aufgenommen. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte es ab, die Beamtenschaft zur Nachgiebigkeit zu drängen, zumal auch die großdeutschen Gewerkschaften der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten in einem sehr scharf gehaltenen Beschluß ihre Mitglieder zu zähestem Aushalten bis zum befriedigenden Abschluß des Lohnkampfes aufforderten.

Besondere Erbitterung hat es hervorgerufen, daß die Regierung den 2000 Angestellten des Postsparkassenamtes Weihnachts-Remunerationen in Höhe von 3 Milliarden auszahlen ließ, genau so viel, wie sie den übrigen 113 000 Postangestellten zugedacht hatte.

Dollarparitäten im Auslande

vom 13. Dezember.

Auf Mark umgerechnet kostete 1 Dollar in Zürich 4.2, in Amsterdam 4.2, in London 4.4, in Prag 4.4 und in New York (Vorbörse) 4.2 Billionen Mark.

Dollar in Berlin am 13. Dez.

amtlicher Mittelkurs: 4200 Milliarden

1 Goldmark: 997,5 Milliarden Geld
1002,5 Milliarden Brief

Goldanleihe 4200 Milliarden

Dollarschatzanweisung 4200 Milliard.

1 Steuermark = 1000 Milliarden

Amerikanischer Geldmarkt

* Sonderkabel

Geldkurse der Vorbörse

	Vorbörse 13.	Parität in Billiarden		Vorbörse 13.	Parität in Billiarden 13.
Berlin	4.200.000.000.000	4167	Amsterd.	38.17	1797.1
London	426.87	18202.8	Prag	292.25	121.8
Paris	531.[illegible]	221.3	Kopenhg.	—	—
Mailand	4[illegible]	180.6	Stockh.	—	—
Wien	17.43	724.3	Christ.	14.99	624.7